

<p style="text-align: center;"><b>Landesversammlung der Jungen Union Bayern vom 03.-05. November in Erlangen / Herzogenaurach</b></p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input type="checkbox"/> Angenommen  <input type="checkbox"/> Abgelehnt  <input type="checkbox"/> Nichtbefassung  <input type="checkbox"/> Überweisung an</p>
<p>ANTRAG NR. A10</p> <p><b>Informationspflicht für Abofallen</b></p>	<p>_____</p> <p><input type="checkbox"/> Änderung:</p>
<p>ANTRAGSTELLER:</p> <p><b>Johannes Oberndorfer</b></p>	<p>_____</p>

- 1 Die CSU-Fraktion im deutschen Bundestag soll sich dafür einsetzen, dass
- 2 Unternehmen im Falle sich automatisch verlängernder Verträge mit
- 3 Privatpersonen dazu verpflichtet werden diese Kunden rechtzeitig über eine
- 4 bevorstehende Kündigungsfrist in Kenntnis zu setzen.

**Begründung:**

Etliche Anbieter von Internet- und Telefonverträgen, aber auch die Deutsche Bahn mit ihrer Probe-Bahncard verlassen sich im Wettstreit um Kunden nicht nur auf die Überzeugungskraft ihres Angebots. Im Kleingedruckten schreiben Sie außerdem eine automatische Verlängerung des Vertrags fest, die dem Kunden so mitunter nicht bewusst ist. Oftmals ist diese Verlängerung mit einer Preiserhöhung und Kündigungsfristen, die mehrere Monate vor Vertragsende liegen, verbunden. Viele Kunden verpassen die gesetzten Kündigungsfristen und verlängern dadurch automatisch einen Vertrag, den sie bewusst nicht verlängert hätten.

Eine Verpflichtung von Unternehmen ihre Kunden rechtzeitig über den bevorstehenden Ablauf einer Kündigungsfrist in Kenntnis zu setzen würde dem Verbraucher eine bewusste Entscheidung über die Fortführung des Vertrags

ermöglichen. Angebot und Nachfrage fänden wieder frei und fair zueinander. Für die Unternehmen ist diese Informationspflicht leicht zu erfüllen. So können automatische E-Mails z.B. ohne größeren Mehraufwand umgesetzt werden.